



Demokratie in der Gemeinde

von Dr. Dominik Herzner

Inhaltliche und didaktische Intention des Heftes

2026 finden in Bayern, Hessen und Niedersachsen Kommunalwahlen statt. Die Bürger*innen zahlreicher Gemeinden haben dann die Möglichkeit, die Entscheidungsträger*innen vor Ort und damit kommunale Politik zu bestimmen. Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck bezeichnete die Kommune als Heim- und Werkstatt der Demokratie.¹ Das Zitat verdeutlicht einerseits, dass demokratische Strukturen auf kommunaler Ebene direkt, quasi „daheim“ erfahrbar sind und andererseits in den Kommunen aktiv an der Demokratie als Lebens- und Herrschaftsform gearbeitet wird.

Das vorliegende Heft „Demokratie in der Gemeinde“ greift diese beiden Aspekte auf und bietet eine umfassende Grundlage für die Auseinandersetzung mit kommunalen Themen und der praktischen Umsetzung von Demokratie im Alltag. In allen Kapiteln sind Aufgaben enthalten, die dazu auffordern, die Politik vor Ort zu erkunden und die im Heft skizzierten Probleme auf das eigene Nahfeld zu beziehen.

¹ Vgl. Joachim Gauck. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (www.kommunalwahl-bw.de/kommunalpolitik – Zugriff vom 12.1.2026).

Ihre Abo-Vorteile der WOCHENSCHAU



1. Die **WOCHENSCHAU**-Hefte: aktueller als jedes Schulbuch

Mit dem **WOCHENSCHAU**-Abo erhalten Sie in kurzer Zeit ein Set zu allen lehrplanrelevanten Themen des Politik- und Ökonomieunterrichts. Setzen Sie die Hefte als komplette Unterrichtseinheiten oder in Ergänzung zum Schulbuch zur Gestaltung einzelner Unterrichtsstunden ein. Profitieren Sie von auf den Unterricht zugeschnittenen Materialien mit zentraler Problem- oder Fragestellung, motivierenden Einstiegen, aktuellem Datenmaterial, vielfältigen Schaubildern und präzisen Informationen. Arbeitsblätter, Kopiervorlagen, methodische Anregungen und Aufgaben liefert die **WOCHENSCHAU** für die praktische Umsetzung gleich mit!

2. **WOCHENSCHAU Digital**

Zusätzlich zu Ihrem gedruckten Exemplar erhalten Sie die **WOCHENSCHAU Digital** als interaktives PDF für die digitale Nutzung. Diese birgt zahlreiche interaktive Elemente: Verlinkungen zu Vorlagen, Lösungen oder Begriffserläuterungen sowie Möglichkeiten zur direkten Bearbeitung.

3. **Methodik zu jedem Heft**

Auf **WOCHENSCHAU**-Online erhalten Sie die methodischen und didaktischen Hinweise zu jedem Heft.

4. **Exklusives Zusatzmaterial**

Auf **WOCHENSCHAU**-Online stehen zahlreiche digitale Zusatzmaterialien zu jedem Heft bereit, darunter binnendifferenziertes Material, Arbeitsblätter, Methodentipps, Erwartungshorizonte und ergänzendes Material.

5. Die jährliche **WOCHENSCHAU-Sonderausgabe**

Mit der jährlich erscheinenden Sonderausgabe bilden Sie sich fachlich und didaktisch fort und sind für den Politikunterricht bestens gewappnet.



Die Lernenden werden dadurch angeregt, sich mit der Bedeutung von Demokratie in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld auseinanderzusetzen. Sie beschäftigen sich damit, wie sie selbst aktiv werden können, um ihre Gemeinde mitzugestalten und lernen die Bedeutung kommunaler Politik für ihren Alltag kennen. Der konkrete Lebensweltbezug als didaktisches Leitprinzip soll den Schüler*innen bewusst machen, dass Demokratie nicht nur eine abstrakte Idee ist, sondern im Alltag gelebt werden muss. Anschaulich wird das an einem Beispiel gleich zu Beginn des Themenheftes. Hier wird die Gemeinde Waldfeucht vorgestellt, die am 14. September 2024 ein Bürgerfest veranstaltet, um für Demokratie, Frieden und Toleranz einzutreten. Bürgermeister Heinz-Josef Schrammen betont in diesem Kontext, dass die Gemeinde nicht nur aus dem Rat oder dem Bürgermeister besteht, sondern aus allen Bürger*innen. Das Bürgerfest soll ein Symbol für die Wichtigkeit der Mitwirkung aller sein. Es bietet den Bürger*innen die Möglichkeit, sich aktiv in gesellschaftliche Prozesse einzubringen. Gleichzeitig ist es ein Symbol für Demokratie im Allgemeinen, das angesichts zunehmender Demokratieskepsis ein politisches Statement ist und sich gegen einen Rechtsruck positioniert. Gemeindefarbeit und bürgerliches Engagement begrenzen sich so nicht auf den lokalen Raum, sondern tragen eine weitreichendere Botschaft: Demokratie wird vor Ort gelebt!

Kapitel 1: Nah dran – was Politik in der Gemeinde besonders macht

Was ist und was macht eine Gemeinde?

Im ersten Kapitel erwerben die Lernenden zunächst Grundkenntnisse über die Gemeindefarbeit, lernen zentrale Begriffe der Kommunalpolitik und die Verwaltungsstruktur von Gemeinden kennen (S. 3–5). Die Schüler*innen erfahren, dass eine Gemeinde der Ort ist, an dem Menschen leben und dass diese für den lokal begrenzten Raum eine eigene „Regierung“ haben, meist in Form eines Stadtrats oder Gemeinderats. Gemeinden sind damit ein zentraler Bestandteil vertikaler Gewaltenteilung.

Als Zugang dient einerseits die *polity*-Ebene in Form von verfassungsmäßigen Vorgaben, konkret der Artikel 28 GG (S. 4–5). Dort steht, dass die Gemeinden alle Angelegenheiten der Gemeinschaft, also der dort lebenden Menschen, selbst regeln dürfen, solange sie sich an geltendes Recht halten. Dabei ist zu beachten, dass die Größe einer Gemeinde die Politik vor Ort stark beeinflusst. Kleinere und mittlere Kommunen haben oft andere Themen auf der Tagesordnung als große Städte. Je nach Größe ist die Kommunalpolitik überschaubar oder weniger übersichtlich. Durch eigenständige Recherchen nähern sich die Lernenden den Inhalten der Politik ihrer eigenen Gemeinde an und erfahren damit verschiedene Bereiche der *policy*. In einem Arbeitsblatt erarbeiten die Schüler*innen den Unterschied zwischen freiwilligen und Pflichtaufgaben von Kommunen (S. 5). Freiwillige Aufgaben sind solche, bei denen die Gemeinde selbst entscheidet, ob und wie sie diese wahrnimmt, wie im Bereich Sport, Freizeitgestaltung oder Kulturangebote. Sie fallen häufig in die Politikbereiche, die am ehesten erlebbar sind. Pflichtaufgaben hingegen sind gesetzlich geregelt, wie die Bereitstellung von Schulen oder die Organisation der Müllabfuhr, die eher als selbstverständlich wahrgenommen werden. Die Gemeinde muss bei den Pflichtaufgaben die Vorgaben von Bund oder Land berücksichtigen.

Welche Rollen spielen Persönlichkeiten in der Kommunalpolitik?

Der folgende Teil des Kapitels greift die Bedeutung von Persönlichkeit in der Kommunalpolitik auf (S. 6–9). Im Wahlkampf spielen häufig nicht parteipolitische Präferenzen, sondern Bekanntheitsgrad einer Person eine entscheidende Rolle. Dies zeigt sich beispielsweise am Erfolg zahlreicher parteiloser Kandidat*innen. Anders als auf übergeordneter Ebene in Land und Bund, wo oft Parteien und deren Programme im Vordergrund stehen, sind es auf kommunaler Ebene häufig die individuellen Kandidierenden, die durch ihre persönliche Ansprache, ihr Charisma und ihre lokale Verankerung überzeugen müssen. Studien zeigen, dass Wähler*innen dazu neigen, Kandidierende zu wählen, die sie persönlich ansprechen, deren Werte sie teilen und die sie als vertrauenswürdig erachten. Die Lernenden reflektieren die Bedeutung der Persönlichkeit in der Kommunalpolitik anhand eines Interviews mit einem Wahlkampfberater und können in Zusatzaufgaben ihre eigenen Politiker*innen vor Ort mit einer Checkliste überprüfen (S. 5–6).

Die Schüler*innen setzen sich zudem mit Besonderheiten bei Wahlen auf kommunaler Ebene auseinander und reflektieren die Bedeutung des Panaschierens und Kumulierens (S. 7). Die Flexibilität, die durch diese Verfahren in vielen kommunalen Wahlsystemen gegeben ist, führt dazu, dass die Wähler*innen nicht nur an eine Partei gebunden sind und mehr Möglichkeiten haben, ihre Stimmen strategisch zu platzieren. Dies hat etwa zur Folge, dass Kandidierende, die in der Gemeinde gut vernetzt sind und über eine starke persönliche Ausstrahlung verfügen, Chancen haben, in den Gemeinderat einzuziehen, auch wenn sie von einer kleineren Partei oder als Einzelbewerber*innen antreten. Aufgrund der föderalen Fragmentierung von Wahlordnungen gibt es keine einheitlichen Regelungen für ganz Deutschland und es kommt mitunter zu Ausnahmen oder abgewandelten Verfahren. Im Heft leitet ein QR-Code zu weiterführenden Informationen über die verschiedenen Ausprägungen des Wahlverfahrens.

Die persönliche Ebene wird außerdem mit einigen Fallbeispielen aufgegriffen, die zeigen, warum sich Menschen in der Kommunalpolitik engagieren und welchen Herausforderungen sie begegnen (S. 8). Dabei wird vor allem der zunehmende Hass und die Gewalt problematisiert, die Gemeindevertreter*innen entgegenschlägt. Den Abschluss des Kapitels bildet als Methode ein Expert*inneninterview, das den Lernenden die Möglichkeit bietet, zielgerichtet und angeleitet mit Politiker*innen ihrer Gemeinde in Kontakt zu treten (S. 9).



**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

ERGÄNZENDE HEFTE



Sekundarstufe I
Best.-Nr. 1225, 32 S., € 19,90



Sekundarstufe I
Best.-Nr. 1223, 40 S., € 19,90



Sekundarstufe II
Best.-Nr. 2126, 24 S., € 19,90



Kapitel 2: Demokratische Entscheidungsfindung in der Gemeinde

Akteure, Strukturen und Prozesse der kommunalen Politik

Die Arbeitsprozesse in einer Gemeinde sind komplex und häufig verwaltungstechnischer Natur. Dem TikTok-Bürgermeister Matthias Beer gelingt es als einem der jüngsten Gemeindevorsteher*innen Deutschlands, seine Arbeit zielgruppengerecht für junge Menschen zu erklären und mit kurzen Videos Einblicke in seinen Alltag zu geben (S. 10). Er bietet daher einen altersgerechten Zugang für das zweite Kapitel, das vor allem die *politics*-Ebene kommunaler Politik aufgreift und Aushandlungsprozesse in den Blick nimmt.

Die Beispiele im Heft basieren auf der Süddeutschen Ratsverfassung. Das Modell hat sich seit den 1990er Jahren fast flächendeckend in Deutschland durchgesetzt und kann daher für die meisten Gemeinden herangezogen werden, wenngleich es noch in Hessen und Bremerhaven Ausnahmen gibt.

Neben dem Gemeinderat werden Parteien als weitere Akteure thematisiert und insbesondere die Frage nach kommunalen Koalitionen aufgegriffen (S. 12). Während auf Bundesebene Parteien teilweise eine Zusammenarbeit mit bestimmten anderen Parteien kategorisch ausschließen, zeigen die im Heft abgedruckten Fallbeispiele, dass lokal oft andere Dynamiken herrschen und pragmatische Sachzwänge parteipolitischen Abwägungen gegenüberstehen.

Im Rahmen eines Planspiels zu einer Gemeinderatssitzung lernen die Schüler*innen, wie Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden (S. 13). Sie simulieren eine Gemeinderatssitzung, in der sie über die Einführung eines neuen Mülltrennungssystems debattieren. Dabei übernehmen sie verschiedene Rollen, müssen ihre Argumente vorbringen und auf die der anderen Ratsmitglieder eingehen. Die Diskussion fördert einerseits die Fähigkeiten zur Argumentation. Andererseits reflektieren die Schüler*innen die Komplexität kommunaler Entscheidungsfindungen, bei denen verschiedene politische Positionen zu einem Konsens gebracht werden sollen. Sie erkennen folglich, welche Chancen und Herausforderungen demokratische Prozesse mit sich bringen. Außerdem lernen sie die Struktur und die Abläufe innerhalb des Gemeinderats genauer kennen und erleben regelhafte Abläufe von demokratischen Gremien.

WOCHENSCHAU Digital
interaktiv mit Lösungen und
Erwartungshorizonten
im Abo kostenlos dazu!

Beteiligungsmöglichkeiten in der Gemeinde

Das Heft soll auch dazu motivieren, sich selbst aktiv in Gemeindearbeit einzubringen. Die folgende Doppelseite thematisiert daher verschiedene Formen von politisch-gesellschaftlichem Engagement und legt vor allem einen Fokus auf Jugendparlamente, die als Partizipationsmöglichkeit vorgestellt und reflektiert werden (S. 14–15). Funktionierende Jugendparlamente wie in Ingolstadt oder Rathenow sollen dabei beispielhaft wirken und dazu anregen, selbst aktiv zu werden. Weiterhin werden Vereinsarbeit und Bürger*inneninitiativen als wichtige Elemente kommunaler Zivilgesellschaft und politischer Partizipationsräume verhandelt. Als Beispiel dient zunächst die Klimaschutz-Initiative Riedberg e. V., die sich zum Ziel gesetzt hat, ihren Stadtteil bis 2030 klimaneutral zu machen. Die Initiative zeigt beispielhaft, wie Bürger*innen aktiv an der Gestaltung ihrer Gemeinde mitwirken können, indem sie Projekte entwickeln, die auf die Reduzierung von CO₂-Emissionen abzielen. Lernende erfahren somit, dass Initiativen nicht nur zur Verbesserung der Lebensqualität in der eigenen Gemeinde beitragen können, sondern dass ihr Engagement einen größeren Wirkungskreis entfalten kann und dadurch das Bewusstsein für Umweltfra-

gen schärfen und weitere Menschen zur Mitgestaltung anregen. Ein weiteres Beispiel ist der Dorfladen-Verein Schnait e. V., der einen fußläufig erreichbaren Nachbarschaftsladen betreibt und damit ebenso die Lebensqualität in der Gemeinde verbessert. Hier wird erneut deutlich, wie wichtig lokale Initiativen sind, um das soziale Miteinander zu fördern und die Bedürfnisse der Bürger*innen zu erfüllen.

Kapitel 3: Wie finanziert sich die Gemeinde?

Kommunale Haushalte, Ausgaben und Einnahmen

Im dritten Kapitel steht die Finanzierung der Gemeinde im Mittelpunkt (S. 16–19). Zahlreiche Gemeinden in Deutschland sind stark verschuldet. Kommunale Vertreter*innen beklagen regelmäßig die angespannte Finanzsituation und die immer weiter ausufernden Pflichtaufgaben, die Kommunen auferlegt werden. Kaum eine Gemeinde in Deutschland kann mittlerweile positive Finanzzahlen vorlegen, was zu Einschränkungen bei freiwilligen Aufgaben führt: Schwimmbäder müssen schließen, Öffnungszeiten von Kultureinrichtungen werden begrenzt, usw. – Maßnahmen, die Bürger*innen konkret in ihrem Alltag erfahren und die nicht selten zu Verdrossenheit und Ärger führen. Es lohnt daher, die Finanzierungsgrundlagen von Gemeinden zu thematisieren, zumal aktuell durch die Lockerung der sogenannten Schuldenbremse finanzielle Spielräume geschaffen wurden, bei denen jedoch noch unklar ist, wie genau sie ihre Wirkung entfalten können.

Die Schüler*innen lernen, dass die Finanzlage einer Gemeinde direkten Einfluss auf die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen hat, wie etwa die Ausstattung von Schulen, die Pflege von Grünanlagen oder die Bereitstellung von Sporteinrichtungen. Sie verstehen, dass eine gute finanzielle Planung und die Diversifizierung der Einnahmequellen entscheidend sind, um kommunale Aufgaben nachhaltig erfüllen zu können. Damit knüpfen sie an ihr Vorwissen zu den Gemeindestrukturen und deren Aufgaben aus Kapitel 2 an.

An Fallbeispielen lernen die Schüler*innen, welche Einnahmen und Ausgaben eine Gemeinde hat (S. 17). Methodisch werten sie dazu Grafiken und Statistiken zur Finanzstruktur von Kommunen in Niedersachsen aus. Knapp ein Drittel der Einnahmen werden durch Steuern generiert, die so als wichtiges Element zur Finanzierung von Allgemeingut verstanden werden sollen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei mit knapp 45% die Gewerbesteuer, die jedoch kein Allheilmittel ist. Anhand der niederbayerischen Gemeinde Straßkirchen wird verdeutlicht, dass trotz der Ansiedlung eines großen neuen

**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

WOCHENSCHAU SEK. II

**WOCHENSCHAU**

POLITIK UND WIRTSCHAFT UNTERRICHTEN

VERTIEFUNGSHFT

SEKUNDARSTUFE II



Antisemitismus

Sekundarstufe II, Vertiefungsheft

Best.-Nr. 2325, 24 S., € 19,90

PDF: ISBN 978-3-7566-0115-8, € 18,99

Dieses Vertiefungsheft beleuchtet aktuelle Formen von Antisemitismus. Anhand konkreter Fallbeispiele lernen Schüler*innen, antisemitische Stereotype und Narrative zu erkennen – auch im Kontext israelbezogener Aussagen.

Henny-Brenner-Preis

Dieses WOCHENSCHAU-Heft wurde im Dezember 2025 mit dem Henny-Brenner-Preis ausgezeichnet. Der Preis würdigt herausragende Schulbücher, die jüdisches Leben in Vergangenheit und Gegenwart fachlich fundiert, differenziert und didaktisch hochwertig darstellen – und sich zugleich aktiv gegen Antisemitismus richten.

www.wochenschau-verlag.de



BMW-Batteriewerks, das Arbeitsplätze schafft und Gewerbesteuereinnahmen generiert, die Gemeinde mit finanziellen und gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert ist (S. 18). Die lokale Etablierung großer Firmen sorgt meist bei Umweltaktivist*innen für Kritik, da dadurch massive Einschnitte in die Natur befürchtet werden. Ein weiterer kritischer Punkt an der Gewerbesteuer ist der Gewerbesteuerhebesatz, der von Gemeinde festgelegt werden kann und damit bewusst eingesetzt wird, um Firmen anzulocken. Dies führt zum Teil dazu, dass Firmen einen offiziellen Sitz in eine Gemeinde verlagern, in der sie kaum bis gar nicht tätig sind.

Szenario-Methode Verteilungsspiel: Wofür soll die Gemeinde Geld ausgeben?

Ein Verteilungsspiel am Ende des Kapitels knüpft an das Rollenspiel zur Gemeinderatsitzung an und fordert erneut auf, verschiedene Positionen zu vertreten (S. 19). Diesmal liegt der Fokus aber auf der Verwaltung, die versucht für verschiedene Bereiche kommunaler Arbeit ein Budget zu erstellen. Die Schüler*innen begreifen auf spielerische Art und Weise die Komplexität von Finanzplanung und erkennen die Abwägungsprozesse und Kompromisse, die bei demokratischen Entscheidungen notwendig sind, um allen Ansprüchen gerecht werden zu können.

Kapitel 4: Lokale Politik vor globalen Herausforderungen

Kommunalpolitik begrenzt sich nicht auf den Mikrokosmos der eigenen Gemeinde, sondern entfaltet immer eine globale und globale Dimension. Besonders deutlich wird dies bei Konflikten, die aus epochaltypischen Schlüsselproblemen entstehen und somit für nahezu alle Gemeinden in Deutschland relevant sind.

Anhand von zwei Fallbeispielen erkennen Schüler*innen Dilemmata, vor denen Gemeinden stehen und die im Alltag zu erkennbaren Konflikten führen (S. 20–23). Dabei ist es nahezu unmöglich, Lösungen zu finden, die allen beteiligten Akteur*innen gerecht werden. Auch wenn das mitunter schwer auszuhalten ist, ist das Unvollendete, das Noch-Offene ein Wesenskern von Politik, der aber zur politischen Urteilsbildung anregen kann.

Wie gelingt die Energiewende vor Ort?

Am Beispiel der Gemeinde Gerstetten wird die Problematik der Energiewende thematisiert (S. 20–21). Es zeigt sich, dass dort verschiedene Interessengruppen im Konflikt stehen, die mitunter dem gleichen politischen Lager zuzuordnen wären. So wird einerseits von Umweltschützer*innen die Notwendigkeit einer dekarbonisierten Energiepolitik betont, andererseits werden Eingriffe in die Naturlandschaft vor Ort befürchtet. Zur Veranschaulichung der Situation können die betroffenen Orte auf einer digitalen Karte wie Google Maps gesucht und deren Naturumfeld oder die Sehenswürdigkeiten, wie die im Text erwähnten Wanderwege, beschrieben werden. Zur Reflexion dient die Karikatur, die das Problem der „Not in my backyard-Haltung“ aufgreift. Die Pro-Contra-Argumente zur Energiewende in den Kommunen werden in einem weiteren Text vorgestellt.

Flucht und Ankommen – Die Rolle von Kommunen

Das zweite Fallbeispiel des Kapitels ist die Gemeinde Roth und die Herausforderung bei der Aufnahme von Geflüchteten (S. 22–23). Im Landkreis sollen die Menschen, die dort ankommen, willkommen heißen und dezentral untergebracht werden. Ziel sei es, ihnen menschwürdigen, regulären Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Im Oktober 2023 stieg die Zahl der asylsuchenden Menschen jedoch stark an, sodass der Landkreis gezwungen war, die örtliche Schulturnhalle für einige Wochen als Notunterkunft zu verwenden. Der Sportbetrieb musste gesperrt werden und die Menschen in Roth spürten die Auswirkungen globaler Politik unmittelbar. Gleichzeitig steht die Gemeindeverwaltung vor dem Dilemma, Freizeitangebote anbieten zu wollen und ihren Pflichtaufgaben nachzukommen, die zudem zentrale Aspekte der Menschenwürde von asylsuchenden Menschen betreffen.

Der zweite Textbeitrag soll daher nochmals aufzeigen, welche wichtige Rolle Kommunen bei der Integration spielen, und stellt einige erfolgreiche Modelle vor. Das Material soll vor allem die Frage beantworten, wie Menschen würdig aufgenommen werden können und nicht ob sie kommen dürfen. Zentrale Grundlagen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung werden damit nicht infrage gestellt.

Abschluss: Handeln in der Gemeinde

Das abschließende Kapitel greift die Inhalte der vorangehenden Kapitel nochmals auf und bietet die Möglichkeit, erworbenes Wissen auf Fallbeispiele zu beziehen und in einer Projektarbeit anzuwenden (S. 24–25). Es stehen zwei Problem-szenarien zur Verfügung, die auf realen Fällen basieren und Anlass zu einer reflektieren Diskussion bieten.

Fall Kastanie: Ein politikdidaktisches Beispiel

Der „Fall Kastanie“ steht in der Politikdidaktik für die Auseinandersetzung zweier didaktischer Strömungen.² Einerseits kann das Engagement von Schüler*innen als demokratiepädagogischer Erfolg gewertet werden, andererseits zeigt der Fall auf, dass Politisches Lernen unerlässlich ist, um Prozesse und Entscheidungsfindungen einordnen zu können.

Die Hintergründe des Szenarios: Streitfall ist ein wunder-schöner, alter Kastanienbaum, der auf dem Nachbar-

2 Andreas Petrik: Am Anfang war die Politik. Anregungen zur sinnstiftenden Verknüpfung von Demokratiepädagogik und kategorialer Politikdidaktik am Beispiel des Falls ‚Kastanie‘. In: Dirk Lange, Gerhard Himmelmann (Hg.): „Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung“. Wiesbaden 2010, S. 241–257.



**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

POLITISCHE BILDUNG



von Heiner Bernhard, Wilfried Kruse, Ragna Melzer, Mirko Pink und Michael Schüller
ISBN 978-3-7344-1729-0, 176 S., € 22,00
PDF: ISBN 978-3-7566-1729-6, € 21,99



von Yannik Riescher, Vanessa Zohm und Nora Zado
ISBN 978-3-7344-1770-2, 16 S., € 2,50



hrsg. Sabine Achour, Siegfried Frech, Peter Massing und Veit Sträßner
ISBN 978-3-7344-0721-5, 336 S., € 39,90
PDF: ISBN 978-3-7344-0722-2, € 31,99
mit umfangreichem Downloadmaterial





grundstück einer örtlichen Schule steht und den Pausenhof mit seinem Schatten bereichert. Ein Investor hat das Grundstück erworben und plant, dort ein Hotel zu errichten, was die Fällung des Kastanienbaums zur Folge hätte. Diese Situation löst bei den Schüler*innen der Schule Besorgnis und Protest aus, da sie den Baum nicht nur als Teil ihrer Schulumgebung, sondern auch als Symbol für Natur und Heimat empfinden. Die Schüler*innen organisieren sich, um gegen die Fällung des Baumes zu demonstrieren und ihre Stimme in diesem Entscheidungsprozess zu erheben.

Dieser Fall offenbart mehrere fachdidaktische Konflikte, die in der politischen Bildung und Demokratiepädagogik von Bedeutung sind. Zum einen steht die Frage der Interessenvertretung im Raum: Wer hat das Recht, in solchen Fällen zu entscheiden, und wie werden die Stimmen der Betroffenen, in diesem Fall der Schüler*innen, in den Entscheidungsprozess einbezogen? Der Fall zeigt, dass die Schüler*innen durch ihr Engagement nicht nur für den Erhalt des Kastanienbaums eintreten, sondern auch für eine aktive Teilhabe an der kommunalen Entscheidungsfindung. Hierbei wird deutlich, dass die politischen Prozesse oft komplex sind und nicht immer die Stimmen derjenigen gehört werden, die direkt betroffen sind. Am Ende sind die Jugendlichen enttäuscht, dass sich Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder nur sehr oberflächlich für ihre Sache interessieren, weil sie sich in diesem Lernprozess nur sehr wenig auf die Spannungsverhältnisse der kommunalen Arbeit einlassen.

Denn ein weiterer Konflikt, der sich aus diesem Beispiel ergibt, ist die Spannung zwischen wirtschaftlichen Interessen und dem Schutz von Natur und Umwelt. Der Investor verfolgt mit seinem Hotelprojekt wirtschaftliche Ziele, die möglicherweise im Widerspruch zu den Interessen der Schüler*innen und der Gemeinschaft stehen, die den Baum als wertvoll erachten. Hilfreich ist in diesem Fall die Orientierung an Hermann Gieseckes kategorialer Bildung, der verschiedene Kategorien (u. a. Macht, Recht, Interesse) definiert, die zur Beschreibung und Analyse eines Konflikts dienen. Der Fall wirft grundlegende Fragen auf, wie in einer Demokratie mit solchen Konflikten umgegangen wird und wie die verschiedenen Interessen abgewogen werden können.

Die Diskussion um den Fall Kastanie verdeutlicht damit das Spannungsfeld zwischen Demokratiepädagogik und politischer Bildung. Während die Demokratiepädagogik darauf abzielt, die Schüler*innen zu ermutigen, aktiv an politischen Prozessen teilzunehmen und ihre Meinungen zu äußern, kann die politische Bildung dazu beitragen, ein tieferes Verständnis für die Strukturen und Abläufe der politischen Entscheidungsfindung zu entwickeln. In diesem Fall können die Schüler*innen lernen, wie sie ihre Anliegen formulieren, sich organisieren und ihrer Stimme in einem demokratischen Prozess Gehör verschaffen können. Gleichzeitig müssen sie sich mit den Herausforderungen auseinandersetzen, die mit der Vertretung ihrer Interessen verbunden sind, und erkennen, dass nicht alle Anliegen in der politischen Praxis gleichwertig behandelt werden.

Zusammenfassend zeigt der Fall Kastanie, wie wichtig es ist, Schüler*innen in die politischen Prozesse ihrer Gemeinde einzubeziehen und ihnen die Werkzeuge an die Hand zu geben, um ihre Stimme zu erheben. Gleichzeitig wird deutlich, dass für Lehrkräfte die Auseinandersetzung mit fachdidaktischen Konflikten und die Reflexion über das Verhältnis von Demokratiepädagogik und politischer Bildung unerlässlich sind, um eine fundierte politische Bildung zu gewährleisten, die sowohl die aktive Teilnahme als auch das Verständnis für komplexe politische Zusammenhänge fördert.

Der zweite Fall setzt sich mit dem Bau eines Fahrradweges auseinander. Er ist zwar weniger komplex, da weniger Akteur*innen betroffen sind, erlaubt aber durch einen allgemeineren thematischen Zugang einen höheren Lebensweltbezug. Der Ausbau von Infrastruktur, insbesondere für den Fahrradverkehr ist einerseits aus Perspektive des Umweltschutzes relevant, andererseits betrifft er die alltägliche Mobilität von zahlreichen Menschen und ist damit durchaus emotional aufgeladen.

Projektarbeit: Mein Vorhaben für die Gemeinde

Alternativ oder ergänzend kann das Projekt als reflektierender Abschluss des Themenheftes dienen. In der Projektarbeit entwickeln die Schüler*innen eigene Ideen für ihre Gemeinde und beziehen sich dabei auf die Inhalte der vorangegangenen Kapitel. Sie lernen, wie sie ihre Projekte planen und umsetzen können, und welche Schritte notwendig sind, um ihre Ideen erfolgreich zu realisieren. Dabei ist es wichtig, die Zielgruppe zu bestimmen und die notwendigen Ressourcen sowie Unterstützer*innen zu identifizieren. In Kleingruppen erstellen die Lernenden einen Aktionsplan, um ihre Projekte in die Tat umzusetzen und die Bewohner*innen der Gemeinde einzubinden. Sie dokumentieren alle Schritte und reflektieren über die Herausforderungen, die sie dabei bewältigen mussten. Am Ende präsentieren sie ihre Projekte der Klasse und zeigen auf, welche Ergebnisse sie erzielt haben. Die Projekte können dabei niedrigschwellig gestaltet sein und vom Aufbau eines Limoverkaufsstandes bis zur Gründung eines eigenen Vereins reichen. Die handlungsorientierte Anwendung des Gelernten fördert nicht nur das Verständnis für politische Prozesse, sondern auch die Fähigkeit, selbstständig zu agieren und Verantwortung zu übernehmen.



**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

WOCHENSCHAU SEK. II



WOCHENSCHAU

POLITIK UND WIRTSCHAFT UNTERRICHTEN

VERTIEFUNGSHFT

SEKUNDARSTUFE II



Wehrpflicht

Zusatzheft
aufgrund der
Aktualität

Sekundarstufe II, Vertiefungsheft

Best.-Nr. 26e, 16 S., € 19,90

PDF: ISBN 978-3-7566-0154-7, € 18,99

Erscheint im April 2026

Der Neue Wehrdienst ist ab dem 1.1.2026 eingeführt. Viele Schüler*innen der Sekundarstufe II sind hiervon unmittelbar betroffen. Das Thema sollte daher im Politikunterricht aufgegriffen werden. Diese WOCHENSCHAU stärkt Schüler*innen in ihrer Urteils- und Handlungskompetenz zum Thema Wehrpflicht. Dafür erfolgt eine Analyse des politischen Prozesses, eine Betrachtung möglicher Optionen und eine Reflexion zu Aufrüstung als politisches Mittel.



www.wochenschau-verlag.de



WOCHENSCHAU

POLITIK UND WIRTSCHAFT UNTERRICHTEN

Noch kein Abo?
Jetzt zum halben
Preis testen!
wochenschau-online.de



Jahrgang
2026



Sek. I, Februar 2026
Best.-Nr. 1126, 24 S., € 19,90



Sek. I, April 2026
Best.-Nr. 1226, 32 S., € 19,90



Sek. I, Juni 2026
Best.-Nr. 1326, 40 S., € 19,90



Sek. I, Oktober 2026
Best.-Nr. 1426, 24 S., € 19,90



Sek. I, Dezember 2026
Best.-Nr. 1526, 40 S., € 19,90



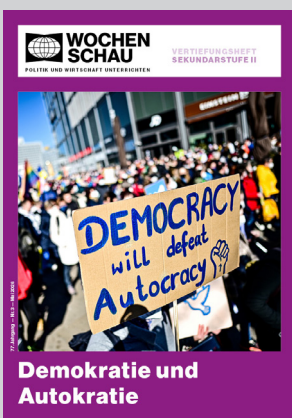
Sek. II, Januar 2026
Best.-Nr. 2126, 24 S., € 19,90



Sek. II, März 2026
Best.-Nr. 2226, 40 S., € 19,90



Sek. II, April 2026
Best.-Nr. 26e, 16 S., € 19,90



Sek. II, Mai 2026
Best.-Nr. 2326, 24 S., € 19,90



Sek. II, September 2026
Best.-Nr. 2426, 40 S., € 19,90



Sek. II, November 2026
Best.-Nr. 2526, 32 S., € 19,90



Sonderausg. Sek. I+II, Juli 2026
Best.-Nr. 26s, € 29,90



www.wochenschau-verlag.de